

# Danziger



# Zeitung.

N<sup>o</sup> 16111.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Kettnerhagen-  
gasse Nr. 4. und bei allen hiesigen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten  
für die Petitzeile oder deren Raum 20 S. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1886.

## Politische Uebersicht.

Danzig, 20. Oktober.

### Ein neuer Erfolg des Vaticans.

Ein „seits bewährter“ römischer Correspondent schreibt der „Germania“, die Angabe bestätigte sich, wonach das zu erwartende neue Kirchengesetz erst auf der Grundlage der Verhandlungen zwischen Rom und Berlin ausgearbeitet werden soll. Die gegenwärtigen Verhandlungen sollen in neuer Form geführt werden und einen höheren diplomatischen Werth haben, als die bisher gepflogenen. Bisher ging die Regierung selbstständig vor. Die ersten Novellen wurden dem h. Stuhl nicht einmal zur Begutachtung vorgelegt, und den letzten Gesetzentwurf theilte man hier nur confidentiell mit, in der Absicht, die Wünsche des Papstes kennen zu lernen, um dann das Gesetz demgemäß im Herrenhause umzugestalten und die Zustimmung der Reichskammer zu gewinnen. Das soll nun gründlich anders werden. Der Correspondent der „Germania“ schreibt:

Gegenwärtig scheint die preussische Regierung endlich einen besseren und leichter zum Ziele führenden Weg einschlagen zu wollen. Die jetzt angehängten Verhandlungen werden erstens der Ausarbeitung des zukünftigen Kirchengesetzes vorausgehen und zweitens werden sie nicht mehr rein confidentiell sein, sondern einen officiellen diplomatischen Charakter annehmen, kraft dessen die Revision der Kirchengesetze auf der Basis einer gegenseitigen Verständigung stattfinden wird. Es liegt hierin formell und politisch ein wahrer Fortschritt für die Regierung wie für den h. Stuhl. Die Erfahrung hat gezeigt, daß ein wahrer Friede, eine fruchtbare und für beide Theile zufriedenstellende Verständigung nur stattfinden kann, wenn der Staat, anstatt einseitig mit autonomer Gesetzgebung vorzugehen, die Regulierung der Schwierigkeiten auf dem Boden gegenseitiger Zugeständnisse zu erzielen sucht. Es ist leicht ersichtlich, daß der Staat nur in diesem Falle die Garantie haben kann, daß die Kirche, der Papst, die Bischöfe und die politischen Parteien (aber nicht alle) das Gesetz als ein neues Friedensgesetz anerkennen. Fürst Bismarck hat dadurch wieder bewiesen, wie hoch er über den Schranken der doctrinären Bureaucratie steht. Aber auch aus einem anderen Grunde ist diese neue Form der Verhandlungen höchst bedeutsam. Bekanntlich hat die alte orthodoxe und liberale Schule bisher mit Zähigkeit an der unchristlichen Theorie festgehalten, daß der Staat die Kirchenhoheit über alle Confessionen besitze. Demgegenüber liegt in dem jetzigen modus procedendi eine gewisse principielle Anerkennung des absoluten Rechtes beider Gewalten, der Kirche und des Staates: beide erscheinen als legitime Contractanten in der präcisen Grenzabtheilung ihrer Machtbereiche.

Die „Germania“ triumphirt. Seine abwartende Stellung will das Centrumsorgan zwar noch nicht aufgeben, bis der Staat die Ausgaben der Kirche auch voll und ganz in die Hand derelassen gelegt hat. Aber doch nennt es nach diesen Mittheilungen den Stand der Dinge „so günstig wie möglich“, und es meint, „es wäre ein Ziel, von Herzen zu wünschen, wenn außer den Mittheilungen auch noch die Reflexionen unseres Correspondenten ihre correcte Befestigung fänden“. Die Freude der „Germania“ ist begreiflich. Der Staat wäre dann abermals aus einer Position gewichen.

### Eine Biervorlage.

Nach einer Mittheilung des „Frankf. Cour.“ würde dem Reichstage ein Gesetzentwurf zugehen, der die Herstellung des Bieres in der Art der bairischen Gesetzgebung regeln soll. Eine Vorlage, wie sie hier in Aussicht gestellt wird, ist dem Reichstage bereits zweimal, am 16. April 1879 und am 22. Februar 1880, zugegangen; wobei es sich freilich nicht nur um die Einführung einer Malzsteuer nach bairischem Vorgange, sondern auch um eine Verdoppelung der bestehenden norddeutschen Brauereisteuer handelte. In den Motiven der damaligen Vorlage wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, daß nach Art. 35 der Reichsverfassung die Bundesstaaten ihr Vertheilen darauf richten sollen, eine Uebereinstimmung der Gesetzgebung über die Besteuerung von inländischem Bier und Brauntwein herbeizuführen. In dieser Richtung beabsichtigte die Vorlage einen entscheidenden Schritt bezüglich der Besteuerung des Bieres. Die Unterschiede zwischen der in den süddeutschen Staaten und der in dem Gebiete der norddeutschen Biersteuergemeinschaft bestehenden Bierbesteuerung lagen theils in der Höhe, theils in der Form dieser Steuer. In der ersten Hinsicht würde der Unterschied durch Verdoppelung der norddeutschen Brauereisteuer in der Hauptsache ausgeglichen. In der zweiten Hinsicht würde durch die Einführung der Malzsteuer für die jetzige Biersteuergemeinschaft und für Elbfisch-Verbringer eine abweichende Form der Besteuerung nur noch in Baden bestehen, wo die Steuer nach dem Ueberschlag der Brauereisteuer erhoben wird. Der Abgang zum Malzsteuersteuern ist bereits in dem Brauereisteuergesetz vom 31. Mai 1872 eingelegt, indem die Vermählungssteuer für größere Brauer facultativ zugelassen wurde.

Inzwischen ist freilich die Sachlage durch den bairischen Malzschuß verändert. Der Reichstag hat im Jahre 1880 die Vorlage nur in erster Beratung erledigt; die Verweisung an eine Commission wurde nicht beschloffen; die zweite Beratung im Plenum hat nicht stattgefunden.

### Die Nationalliberalen und ein „positives“ Programm.

Die gouvernementale „Nordd. Allg. Ztg.“ widmet dem Kölner Parteitag der Nationalliberalen eine neue Artikelreihe, indem sie für ihre Auslassungen das „Recht der freien Meinungsäußerung“ in Anspruch nimmt. Daß ihre Cluabationen keinen Staub aufwirbeln würden, wenn es sich in denselben lediglich um die Privatansicht der Redaction handelte, versteht sich von selbst. Gerade weil man berechtigt ist, den Darlegungen der „N. A. Z.“ einen höheren Ursprung zuzuschreiben, wird auch die neueste Ausführung, daß die nationalliberale Partei als solche kein Recht habe, für sich einen erheblichen Antheil an der

nationalen Neugestaltung in Anspruch zu nehmen, Beachtung finden. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ beschränkt das Verdienst der nationalliberalen Partei auf ihre Mitwirkung an dem inneren Ausbau des deutschen Reiches und ermahnt dieselbe, sich ihre fernere Mitwirkung nicht unnöthig, d. h. durch die Betonung des Charakters einer liberalen fortschreitenden Partei zu erschweren. Der „Fortschritt“, den die „N. A. Z.“ und ihre Inspiratoren wollen, muß eben Rücksicht darauf nehmen, daß die reactionären Parteien mitkommen können. Im Anschluß an diesen Artikel der „N. A. Z.“ steht die „Conj. Corr.“ ihre Hoffnungen darauf, daß es gelingt, die conservative, die freiconservative und die nationalliberale Partei in ehrlicher Bundesgenossenschaft auf den Boden eines in großen allgemeinen Zügen gehaltenen Reformprogramms zu stellen und sie zu bestimmen, die trennenden Momente für den Augenblick in den Hintergrund treten zu lassen“. Die Hauptsache sei selbstverständlich, daß dieses Reformprogramm einen so entschiedenen positiven und von dem Parteigeist losgelassenen Charakter trage, „daß sich eine energische Wahlbewegung, bei der sich die deutsche Volkseele wieder angepaßt fühlt, darauf gründen läßt und seine Anziehungskraft auch auf denjenigen Theil des Centrums, auf den wir (die Conservativen) überhaupt rechnen können, geltend macht“.

Auf den Inhalt dieses positiven Programms darf man gespannt sein. Der Constatierung der „großen“ Partei auf Grund eines solchen Programms sehen wir neidlos entgegen.

### Die Lotterieverwaltung.

theilt, so schreibt uns unser Berliner Correspondent, die Zweifel nicht, welche verschiedentlich über die eingelegte Verdoppelung der Lotterieloose geäußert worden sind. Wenn es sich auch bestätigt, daß ein kleiner Rest von Loosen unabgesetzt geblieben ist, so bezieht sich dies doch nicht auf die großen Städte, sondern meistens auf die kleineren Orte in den Provinzen; und man meint nun, daß es sich dabei um Leute handle, welche noch bei auswärtigen Lotterien, namentlich bei der sächsischen Staatslotterie betheiligte sind und also künftig sich der preussischen Lotterie zuwenden werden. Es wird sich bei Beratung des Etats der Lotterieverwaltung im Abgeordnetenhaus Anlaß finden, darüber von Seiten der Regierung weitere Mittheilungen zu machen.

### Die gebesserte Orientlage.

Ob die ruhige und kaltsinnige Beurtheilung der Situation, wie sie sich jetzt geltend macht, mit einer friedlichen Wendung in der russischen Politik zusammenfällt, das ist die Frage des Augenblicks. Die russische Politik leidet an einem Entschlußlosigkeit; irgend ein thatsächlicher Schritt, der eine friedliche Lösung der bulgarischen Frage in Aussicht stellen könnte, ist bis jetzt nicht erfolgt. Um so merkwürdiger ist es, daß die Türkei in Action tritt; was ja auf ein Spiel mit vertheilten Rollen schließen lassen könnte. Gabban Effendi, der türkische Bevollmächtigte, auf dessen Rückkehr nach Sofia Gewicht gelegt wurde, soll eine Note mitgebracht haben, in welcher die Worte gegen die Theilnahme osmanischer Abgeordneter an den Beratungen der großen Sobranje Protest einlegt. Damit ist der bulgarischen Regierung ein Stein zwischen die Füße gewälzt, ohne daß die Bulgaren Rußland dafür verantwortlich machen könnten. Und obenreist ist vom Standpunkt des internationalen Rechts nichts dagegen einzuwenden. Selbst im günstigsten Falle war vorherzusehen, daß Rußland die thatsächliche Verschmelzung Ostrumeliens mit Bulgarien nicht anerkennen würde, bis es der Liebe des vergrößerten Bulgariens sicher ist. Inzwischen wird die Sobranje ohne Zweifel doch zusammenzutreten. In Sofia sieht man mit Spannung der Entschliebung der Mächte darüber entgegen, ob sie ihre dortigen Vertreter beauftragen werden, den Sitzungen der Sobranje beizuwohnen. Wenn Rußland wirklich, wie behauptet wird, so der sog. europäischen Politik zurückgekehrt ist, so ist zehn gegen eins zu wetten, daß die Centralmächte ihren Dank dafür durch eine noch entschieden rufenfreundlichere Politik ausdrücken werden und die „große Sobranje“ preisgeben. Neuerdings haben sogar englische conservative Blätter dafür plädirt, daß England den Russen in Bulgarien freie Hand lasse; man könnte fast glauben, der Aufstehalt Lord Churchill's in Berlin und Wien habe in dieser Richtung Wunder gewirkt.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ ruht auch heute auf den Vorbereden aus, die sie sich im Kampfe gegen den Fürsten Alexander errungen hat. Beiläufig bemerkt, ist es den bewährtesten Conjecturalpolitikern bisher nicht gelungen zu entdecken, zu welchem Zweck die „Norddeutsche“ eigentlich diese drei Artikel über die Abkantung des Battenbergers geschrieben hat. Gibt es wirklich noch Stellen, an denen der Battenberger discreditirt werden muß oder hat die Mißhandlung des Abgedankten nur den Zweck, der kranthaften Furcht vor der Wiederkehr desselben nach Sofia, welche in Petersburg zu herrschen scheint, Änderung zu schaffen? Man wäre fast versucht, das zu glauben.

Es stellen sich übrigens immer mehr Sympthome davon ein, daß die

### wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse Rußlands

keine Actioslust und keine Actionsfähigkeit lähmen. So schreibt die „St. Petersburger Zeitung“ mit Bitterkeit über das Sinken der Rubelcourse: Unser armer Rubel! ... War das wieder ein Kurssturz, den uns ultimo September brachte! Unser Rubel ist jetzt weniger werth selbst, als in den Tagen des abgelaufenen Grenzfreits vor 14 Jahren, wo Old England zu seinem unbekanntesten Mittel griff und, in Ermangelung von Militär, Befehl zum Vorrücken an seine Börsenmakler und die Correspondenten der Londoner Bank ertheilte, die dann russische Wechsel und Creditpapiere des Jarenreichs in die Flucht schlugen und an die Wand drückten. ... Er ist fast niedriger selbst, als in den Tagen von Plevna, unseligen Angedenkens. ... Der

Curs ist das Universalmittel John Bulls in der äußeren Politik Rußlands Rubel muß quade mème behalten. Der russische Rubel ist nun einmal der Brügeltube der europäischen Politik; der Sündenbock, der beladen mit den Verhängnissen, dem Aerger, dem Groll, den Intriguen des Westens in die Wüste der Geschäftslosigkeit und der Börsenflaute hinausgestoßen wird. Nach dem Krimkrieg — da belamen wir, wenn wir einen Rubel gegen einen Daler wechselten, noch einige Silbergrößen mit in den Kauf ausgezahlt. Und jetzt — jetzt steht, ohne einen Krimkrieg, der Curs auf Berlin auf 192 1/2!

Meist aber noch als in Petersburg machen im Innern des Jarenreichs, namentlich in den Handelsstädten, die wirtschaftlichen Verhältnisse große Sorgen. Diese letzteren verschlechtern sich, wie man der „Schles. Ztg.“ schreibt, zusehends. Die Ernte ist in den meisten Gouvernements gut ausgefallen; aber es mangelt an Käufern, wenigstens an solchen, die einen halbwegs annehmbaren Preis zahlen. Viele wohlhabende Gutsbesitzer sind thatsächlich ohne Einnahmen. Aermere Besitzer sind genöthigt, ihre Güter zwangsweise oder freiwillig für einen schleuderpreis zu verkaufen. In den am besten situirten Gouvernements sinkt der Bodenpreis in bisher nicht gekanntem Maße. Die vorläufig als Jahresfrist eingeführten „Adelsbanken“ helfen nur wenig. Dieselben hatten den Zweck, den bestehenden Adel dadurch zu unterstützen, daß ihm verhältnismäßig billiger Hypothekencredit geboten wird. Es klingt ja sehr verlockend, wenn es heißt, daß man Geld in der Höhe von 1/2 des Gutswerthes zu 6% Proc. — 1/2 Proc. ist zur Amortisation bestimmt — erhalten kann. Aber die Güter werden sehr niedrig abgeschätzt und zwar nur nach dem Bodenwerth. Verbesserungen in Gestalt von Hausstätten, Fabriken, Maschinen u. f. w. werden nicht in Anrechnung gebracht. Will dann der Gutsbesitzer eine zweite Hypothek hinter der von der Adelsbank gewährten aufnehmen, so muß er selbst für verhältnismäßig niedrige Summen 10 Procent zahlen und ist noch froh, wenn er für diesen Zinssatz überhaupt Credit erhält. Man glaubt, daß mit der Zeit die Adelsbanken gezwungen sein werden, sehr viele Güter unter den Hammer zu bringen. Kein Mensch weiß, wie das enden soll, und selbst in solchen Kreisen, welche sonst den Gedanken eifrig perhorresciren, den Absolutismus in Rußland durch eine, die Bevölkerung zur Mitwirkung an der Gesetzgebung beruhende Constitution zu ersetzen, wird der Wunsch nach einer Verfassung laut. Man glaubt, daß ein Parlament mehr Leben in die stagnirenden inneren Verhältnisse bringen würde. Der Möglichkeit eines Krieges sieht man jetzt nicht mehr mit der früheren Zuversicht entgegen. Gerade in dieser Beziehung hat sich der Ton der Presse und der Gesellschaft gewaltig geändert. Man glaubt, und noch mehr man hofft, daß schließlich alles friedlich verlaufen werde.

### Die Krankheit des russischen Thronfolgers.

Dieser Tage haben wir eine Mittheilung der „Londoner „Daily News“ wiedergegeben, wonach der russische Kronprinz von einem Lungenleiden betroffen sein soll. In ärztlichen Kreisen spricht man aber auch von einem anderen Leiden, das wenig oder keine Hoffnung auf Heilung lassen würde, nämlich von Epilepsie. Einer der namhaftesten Specialärzte Rußlands, Professor Hofmann, wurde vom Kaiser von Rußland dieserhalb befragt; die Auskunft, welche der Kaiser von dem Universitätsprofessor erhielt, befriedigte denselben jedoch so wenig, daß der Jar dem Universitätslehrer den Dank sofort echt russisch ertheilte. Hofmann hat darauf Rußland verlassen und ist nach Würzburg gegangen.

### Besichtigung der russischen Westgrenze.

Wie die „Pol. Corr.“ aus Warschau erfährt, sind im Nahen der russischen Westgrenze militärisch-technische Commissionen mit der Besichtigung der Straßen- und Wassercommunicationen beschäftigt. Diese Maßregel siehe mit der vor zwei Monaten an die Gemeinden des Grenzbezirks erlassenen Verordnung, betreffend die Instandsetzung aller Communicationen, in Verbindung.

### Deutschland.

\* Berlin, 19. October. [Nachrichten über das Befinden des Kaisers.] Pariser Blätter verbreiten beunruhigende Nachrichten. So läßt sich der „Figaro“ melden, Kaiser Wilhelm sei am Sonntag so schwach gewesen, daß er seinen Fauteuil nur gestützt von zwei Dienern erreichen konnte. Sein Appetit sei geschwunden, was bisher nicht der Fall gewesen. Der Zustand des Kaisers werde von dessen Umgebung als sehr bedenklich angesehen, und man hege wegen der in Aussicht stehenden Reise von Baden nach Berlin Besorgnisse, der Kronprinz und Fürst Bismarck würden alle zwei Stunden telegraphisch von dem Zustande des Kaisers verständigt. Dagegen läßt sich „Gaulois“ berichten, dem Kaiser gehe es sehr gut, und er werde am 25. d. in Blankenburg einer Jagd beizuwohnen. Der gewesene Volschafter in Berlin, Contant-Biron, habe den Kaiser in bestem Wohlfsein gefunden. Und auch alle sonstigen zuverlässigen, hier eingegangenen Nachrichten stellen außer Zweifel, daß irgend welche beunruhigende Symptome nicht vorliegen. Daß das Alter seine Rechte geltend macht, versteht sich von selbst. Die Ärzte legen aber dem sich in stärkerem Maße geltend machenden Mangelbedürfnis eine unmittelbare Bedeutung nicht bei.

\* [Der Todestag des Polenkönigs Stephan Bathory.] († 12. December 1586) soll nach dem Vorlage eines Lemberger polnischen Blattes mit einer Gedekfeier begangen, und zu diesem Behufe nach Krafa, wo sich das Grab jenes Königs befindet, eine große Bauernversammlung berufen werden, theils um das Andenken des Königs zu ehren, theils um über die gegenwärtige traurige Lage zu berathen und sich gegenseitig zu belehren und zu weiterer Arbeit zu ermuntern. Der „Kurier Pozn.“ meint: er könne eine Betheiligung Großpolens (d. h. der Provinz Posen) an dieser Zusammenkunft nicht versprechen, und empfehle eine

folche auch nicht; denn bei der gegenwärtigen Lage, wo man aller Kraft des Geistes und aller Energie bedürfe, um auszuharren, sei keine Zeit für derartige Zusammenkünfte. Dagegen werde Großpolen nicht unterlassen, das Andenken an Stephan Bathory am häuslichen Herde zu ehren.

\* [Das Reichsgericht.] Als Baugeld des Reichsgerichtsgebäudes in Leipzig, für welches, wie telegraphisch gemeldet, im Reichsjustizetat die erste Rate verlangt wird, sind sechs bis sieben Jahre in Aussicht genommen, wenn die Fundirungsarbeiten im Etatsjahre 1887/88 vollendet werden. Der Ausführung des Baues wird entsprechend dem übereinstimmenden Urtheile des Präsidenten des Reichsgerichts und der Bau-Abtheilung des preussischen Ministeriums für öffentliche Arbeiten der Hofmann'sche Entwurf zu Grunde gelegt, welcher bekanntlich bei der Concurrenz den ersten Preis mit 8000 M. erhalten hat. Der Entwurf zeichnet sich nicht bloß durch seine maßvolle, den Rücksichten auf wirtschaftliche Verwendung der Baufkosten entsprechende Gleichstellung der inneren und äußeren Architektur aus. Sämmtliche Haupträume des Gebäudes liegen an den architektonisch bedeutungsvollsten Stellen und gelangen auch im Aeußeren in charakteristischer Weise zum Ausdruck. Von einer überreichen Verwendung decorativen Schmuckes ist abgesehen, dagegen soll durch große Verhältnisse sowie durch kraftvolle und erste architektonische Behandlung der einzelnen Facadenthelle ein der Bestimmung des Gebäudes entsprechender monumentaler Eindruck erzielt werden. Die Außenfacaden sollen in Sandstein hergestellt werden, die Hof- und Innenfacaden dagegen in Ziegelformen mit nur sparsamer Verwendung von Sandstein. Sämmtliche Decken und Dächer sollen ohne Verwendung von Holz nur aus Stein und Eisen constructirt werden. Die Heizung und Ventilation soll durch eine Centralanlage geschehen, welche zugleich während der heißen Monate die Zuführung abgekühlter Luft in die Sitzungssäle ermöglicht.

\* [Der Etat der Reichsjustizverwaltung] weist in Einnahme 461 207 Mk. auf, wobei die Gerichtskosten entsprechend dem Durchschnittssatz der letzten drei Jahre mit 429 100 Mk., d. i. abermals, wenn auch um einen geringen Betrag, niedriger veranschlagt sind. Die fortwährenden Ausgaben sind angesetzt beim Reichsjustizamt mit 480 370 Mk., wobei die persönlichen und sächlichen Ausgaben für die Commission zur Ausarbeitung eines bürgerlichen Gesetzbuches entsprechend dem vorgezeichneten Stande dieser Arbeiten um 25 000 Mk. niedriger angenommen sind; beim Reichsgericht sind die fortwährenden Ausgaben auf 1 443 688 Mk. um ein Geringes höher als im Vorjahre veranschlagt; zusammen betragen sonach die hier angeführten Ausgaben 1 924 058 Mk.

\* [In dem Kapitel der wirtschaftlichen Besserung.] Eine sichere und genaue Lohnstatistik eines Unternehmens, das in seinem Geschäftsjahre 1885/86 nicht weniger als 11 312 Köpfe beschäftigt hat, giebt folgende Aufschlüsse. Nach dem Jahresbericht der Actiengesellschaft Königs- und Laurahütte betrug der durchschnittliche Jahresverdienst bei der Gesamtbelegschaft, d. h. einschließlich der jugendlichen Arbeiter und Invaliden: bei den männlichen Arbeitern in 1885—86 683 Mk. gegen 707 Mk. im Vorjahre, und bei den weiblichen Arbeitern 260 Mk. gegen 275 Mk. im Vorjahre. Wie man sieht, ist also bei genanntem großartigen Werke der Durchschnittslohn der männlichen Arbeiter in dem letzten Geschäftsjahre um 24 Mk. oder 3 1/2 pCt. gefallen, und bei den weiblichen Arbeitern um 15 Mk. oder 5 1/2 pCt. Dabei, sagt die „Bresl. Morg. Ztg.“, darf man, was den Lohn der männlichen Arbeiter anlangt, nicht vergessen, daß in der Gesamtsumme der gezahlten Löhne auch die Gehälter der Beamten und Meister inbegriffen sind, bei denen eine Gehaltskürzung wahrscheinlich nicht stattgefunden haben dürfte. Für die eigentlichen (männlichen) Arbeiter dürfte somit der durchschnittliche Ausfall an Löhnen noch mehr als 3 1/2 pCt. betragen.

\* [Specialstat.] Die Voranschläge für die Reichsanstalt, das Reichs-Eisenbahnamt und den Rechnungshof schließen bei den fortwährenden Ausgaben mit einem Bedarf von 141 360 Mk. bzw. 298 680 Mk. und 529 773 Mk., zusammen mit 969 813 Mk. ab. Die Verwaltungseinkünfte dieser drei Behörden, welche in dem Einnahme-Abschnitt des Etats herkömmlich besonders aufgeführt werden, betragen sich auf insgesamt 24 694 Mk.

\* [Rechtsanwalt Dedekind] in Braunschweig, dessen Verhaftung gemeldet wird, ist ein eifriger Parteigänger des Herzogs von Cumberland und hat im vorigen Jahre gelegentlich der Braunschweiger Regentenschaftsfrage in einer Reihe von Broschüren die Rechte des Cumberlanders in entscheidender Weise vertheidigt. Seine Verhaftung wird wohl mit den welschen Dingen in Zusammenhang stehen.

\* [Nationalliberaler Parteitag.] Der für Ende dieses Monats beabsichtigte nationalliberale Parteitag für das Herzogthum Coburg ist mit Rücksicht auf den Thüringer Parteitag in Gera einstweilen verschoben worden.

\* In Sonderburg-Hadersleben ist zwar, wie gemeldet ist und von vornherein zweifellos war, bei der Reichstagsersatzwahl der dänische Candidat gewählt worden. Gegen 1884 ist jedoch die Zahl der deutschen Stimmen, trotz einer etwas geringeren Wahlbetheiligung (10 790 anstatt 11 143), um 202 gestiegen, die der dänischen Stimmen um 565 gesunken.

\* [Russische Ausweisungen.] Die ersten Früchte der Thätigkeit der russischen Fabrikanten-Commission im russisch-polnisch-schlesischen Grenzgebiet beginnen zu reifen. Der Director der Steinkohlen-Bergwerke in Milowice bei Sosnowice, P. Glüskmann, preussischer Unterthan, ist dieser Tage mit Frau und Kindern ausgewiesen worden. Seine Stelle ist bereits durch einen russischen Unterthan besetzt. Gestern wurde von Verhaftung und Ausweisung des Buchhalters in diesem Bergwerk berichtet. Es scheint hier also eine Verwechselung vorzuliegen oder Buchhalter und Director sind ausgewiesen worden.

\* Polen, 19. October. Mit der Gründung einer „landwirtschaftlichen Bank“ in Posen zur



**Anwerben.** 19. Oktober. Getreidemarkt. (Schlussbericht.) Weizen behauptet. Roggen ruhig. Hafer um verändert. Gerste flau.

**Anwerben.** 10. Oktober. Petroleummarkt. (Schlussbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 15% bez. 1 Br., für November 15% Br., für November-Dez. 15% Br., für Januar-März 16 Br. Ruhig.







